

Erscheint jede Woche

Samstags / Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk., durch die Post ins Haus gebracht 1,12 Mk. / Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau erhalten das Blatt umsonst. Alle Forderungen nehmen Bestellungen entgegen

Mitteilungen für den Gewerbeverein für Nassau

Ver kündigungs-Organ der handwerkskammer Wiesbaden

Die Anzeigengebühr

beträgt für die sechsgealtene Zeitzeile 40 Pfg.; kleine Anzeigen für Mitglieder 30 Pfg. / Bei Wiederholungen Rabatt / für die Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau werden 30 Prozent Sonder-Rabatt gewährt

herausgegeben

vom Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau

Wiesbaden, 8. Juni

Anzeigen-Aannahmestelle:

Hermann Rauch, Wiesbaden, Friedrichstr. 30, Telefon 636

Inhalt: Ehrentafel — Gewerbl.-techn. Bücherei — Der fachliche Zusammenschluß des Handwerks und die Errichtung von Zwangsinnungen — 52. Kommunal-Vandtag für den Reg.-Bezirk Wiesbaden (Schluß) — Staatliche Leimverforgung — Aus den Kreisverbänden — Aus Nassau — Handwerkskammer Wiesbaden — Anzeigen.



Ehrentafel

Auf dem Felde der Ehre

fiel:

Karl Freund, Sohn des Mitgliedes
Schuhmachermeister K. Freund, Hadamar.
Ehre seinem Andenken!

Mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse
wurde ausgezeichnet:

Leutnant Karl Stephani, Sohn des
Mitgliedes Max Stephani, Biedenkopf.

Gewerblich-technische Bücherei
des Gewerbevereins für Nassau
mit Lesesaal und Auslage der Patentschriften.
Wiesbaden, Rheinstraße 42.

Öffnungszeiten: Täglich mit Ausnahme von Samstags, nachm. von 3-6 Uhr.

Gewerbliches Unterrichtswesen.

Unter Bestätigung des Herrn Regierungspräsidenten wurden die Gewerbelehrerinnen

Fräulein Gerda Runge an der Mädchenfortbildungsschule in Dillenburg und
Fräulein Helene Jordan an der Mädchenfortbildungsschule in Weilburg einstweilig angestellt.

Der fachliche Zusammenschluß des handwerks und die Errichtung von Zwangsinnungen.

Der große Vorkriegsmeister Krieg hat eindringlicher, als dies früher geschah, die Forderung an das deutsche Handwerk gestellt, sich fachlich zusammenzuschließen, um den schweren, wirtschaftlichen Kampf durch gemeinsame Arbeit leichter bestehen und der Notlage, in die das Handwerk durch den langen Krieg geraten ist, leichter begegnen zu können. Zu Beginn des Krieges hat sich der fachliche Zusammenschluß des Handwerks zunächst als ganz besonders notwendig erwiesen, um das Handwerk an den großen Aufträgen für Heereszwecke beteiligen zu können; nunmehr kommen hinzu die

Rohstoffversorgung und sonstige Hilfsmahnahmen für die Zeit der Uebergangswirtschaft. In den Spalten unserer Zeitschrift wurde bei jeder Gelegenheit auf die Notwendigkeit des fachlichen Zusammenschlusses hingewiesen und der Zweck derselben oft genug dargelegt unter dem Hinweis auf alle anderen Berufsstände, die eine Fachorganisation längst besitzen.

Für den fachlichen Zusammenschluß des Handwerks kommen folgende Formen in Frage: Die freie Vereinigung, die Genossenschaft und die Fachinnung; unter der letzteren unterscheidet man freie und Zwangsinnungen. Alle diese Organisationsformen können den Zweck des fachlichen Zusammenschlusses zur gemeinsamen Förderung des betreffenden Handwerkszweiges bei fachdienlicher Führung und ernster Arbeit erreichen; aber es muß geprüft werden, welche Form für den beabsichtigten Zweck die günstigste ist.

Im hiesigen Bezirk hat der fachliche Zusammenschluß im Handwerk bis zur Zeit vor Beginn des Krieges mit Ausnahme der beiden Städte Frankfurt und Wiesbaden außerordentlich schwer Eingang gefunden. Während in diesen beiden Städten die Mehrzahl der Handwerkszweige fachlich organisiert war, bestanden in den ländlichen Bezirken nur vereinzelt Fachvereinigungen oder Innungen und noch seltener Genossenschaften. Die Gewerbevereine, die in allen namhaften Orten des hiesigen Bezirks bestehen, können nur die Förderung von Handwerk und Gewerbe nach gemeinsamen Gesichtspunkten, wie sie in den Satzungen des Gewerbevereins für Nassau und der von ihm gebildeten Kreisverbände für Handwerk und Gewerbe festgelegt sind, verfolgen und den einzelnen Handwerkszweig nur insoweit besonders berücksichtigen, als dies im Interesse des ganzen Gewerbebestandes liegt. Die besondere Förderung des einzelnen Handwerkszweiges muß durch eine fachliche Organisation geschehen, die aber zweckdienlich mit der gesamten Organisation des Handwerks und Gewerbes in enger Verbindung steht, wie dies in den Satzungen der Kreisverbände, die eine Zusammenfassung der Organisation des Handwerks und Gewerbes zu einer wirkungsvollen Arbeitsgemeinschaft darstellen soll, zum Ausdruck kommt.

Der Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau hat in den ersten Kriegsjahren versucht, durch Gründung von Fachvereinigungen innerhalb der Kreise den notwendigen fachlichen Zusammenschluß zu bewirken. Allein der Versuch schlug größtenteils fehl, weil es nicht gelingen wollte, an freie Fachvereinigungen Vorförderungsträge zu vergeben, sondern man forderte genossenschaftlichen Zusammenschluß. Wohl gelang es auf diesem Wege, Genossenschaften in Form von Vorförderungsgenossenschaften zu gründen, aber sie trugen fast alle die Merkmale der Kriegsarbindung an sich, und wenn es nicht gelang, sie auf eine breitere Grundlage zu stellen, so werden viele mit dem Ende der Kriegslieferungen auch ihr Ende

erreicht haben. Neben der Bildungsfrage liegt in dem genossenschaftlichen Zusammenschluß für manchen Handwerkszweig das einzige Heil für sein weiteres Fortkommen und für den wirtschaftlichen Aufschwung seiner Glieder. Die Pflege des genossenschaftlichen Zusammenschlusses darf daher nie aus dem Auge verloren werden; denn diese fachliche Organisationsform ist für die wirtschaftliche Förderung des Handwerks von größter Bedeutung. Es wird aber nie möglich sein, die sämtlichen Berufsgruppen eines Handwerkszweiges innerhalb eines bestimmten Bezirks in einer Genossenschaft zu vereinigen, und das ist auch nicht der Zweck einer Genossenschaft.

Zur wirkungsvollen Durchführung der Hilfsmahnahmen für das Handwerk in der Zeit der Uebergangswirtschaft scheint aber ein möglichst lückenloser fachlicher Zusammenschluß des Handwerks ganz besonders notwendig zu sein. Wenn auch die Rohstoffversorgung in der weiteren Kriegs- und Uebergangswirtschaft nicht beschränkt werden kann auf das fachlich organisierte Handwerk, sei es in Genossenschaften, Innungen oder Fachvereinigungen, sondern jeder Handwerker nach Maßgabe der Verhältnisse in gleichem Maße berücksichtigt werden muß und auch werden wird, so dürfte doch die Rohstoffversorgung eine leichtere sein, wenn sich die maßgebenden Stellen auf eine festgefügte Organisation stützen können. Für die Leim- und Klebstoffversorgung wurde eine Organisationsform bereits geschaffen, und es bestand die Absicht, diese weiter auszugestalten für die übrige Rohstoffversorgung. Die Erwägungen darüber sind aber noch nicht zum Abschluß gelangt. Die Verhandlungen darüber sind zwischen dem maßgebenden Stellen, insbesondere dem Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammertag und dem Bund der Bezugsvereinigungen deutscher Gewerkschaften noch im Gange. Wie die Rohstoffversorgung des Handwerks im einzelnen organisiert wird und wieweit Interorganisationen dafür notwendig sind, steht heute noch nicht fest. Aber diese Unterorganisationen dürften in der notwendigen Form umso leichter zu bilden sein, je mehr der fachliche Zusammenschluß des Handwerks vorher bereits erfolgt ist, und dieser muß daher mit allen Mitteln angestrebt werden in einer Form, die den örtlichen Verhältnissen und den Bedürfnissen des einzelnen Handwerkszweiges entspricht.

Die Handwerkskammer Wiesbaden ist aufgrund dieser Erwägungen zur Zeit eifrig bemüht, die Handwerker des hiesigen Bezirks, soweit dies noch nicht geschehen ist, zu Zwangsinnungen zusammenzuschließen. Es sollen jeweils innerhalb eines Kreises für bestimmte Handwerkszweige, für die der fachliche Zusammenschluß ganz besonders notwendig ist, Zwangsinnungen gebildet werden. Die vorbereitenden Besprechungen haben in von der Handwerkskammer einberufenen Versammlungen unter Beteiligung der Vorstände und Geschäfts-

fürher der Kreisverbände in fast allen Kreisen des Bezirks bereits stattgefunden, und es handelt sich jetzt darum, die Handwerker zur Errichtung von Zwangsinnungen zu gewinnen. Die Zweckmäßigkeit der Bildung von Zwangsinnungen muß seitens der Handwerker eingehend geprüft werden, ehe sie zu dieser Organisationsform schreiten. Es ist daher zeitgemäß, etwas über die Zwangsinnungen zur allgemeinen Aufklärung an dieser Stelle zu bringen.

Alle Zwangsinnungen sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, deren Errichtung, Aufgabe und Verwaltung nach Maßgabe der Gewerbeordnung gesetzlich geregelt ist. Entsprechend der ihnen verliehenen Rechte und ihrer Aufgabe als Organe der klein-gewerblichen Selbstverwaltung unterstehen sie in weitgehendem Maße der Staatsaufsicht. Die Handwerkerinnungen bilden den Unterbau für die Handwerkskammer, der sie gleichfalls unterstellt sind, indem sie die Verpflichtung haben, den von der Handwerkskammer innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Anordnungen Folge zu leisten.

Die gesetzlichen und pflichtmäßigen Aufgaben aller Innungen sind folgende: (§ 81a G. O.)

1. Die Pflege des Gemeingeistes sowie die Aufrechterhaltung und Stärkung der Standesehre unter den Innungsmitgliedern;
2. die Förderung eines gütlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen sowie die Fürsorge für das Herbergswesen und den Arbeitsnachweis;
3. die nähere Regelung des Lehrlingswesens und die Fürsorge für die technische, gewerbliche und sittliche Ausbildung der Lehrlinge, vorbehaltlich der Bestimmungen der §§ 109c, 126 bis 132a G. O.
4. die Entscheidung bestimmter Streitigkeiten zwischen den Innungsmitgliedern und ihren Lehrlingen.

Neben diesen pflichtmäßigen Aufgaben sind die Innungen befugt, ihre Wirksamkeit auf andere, den Innungsmitgliedern gemeinsame gewerbliche Interessen als die oben bezeichneten auszudehnen. Dazu gehören: Veranstaltungen zur Förderung der technischen, gewerblichen und sittlichen Ausbildung der Meister, Gesellen und Lehrlinge, Errichtung von Schulen, Veranstaltung von Vorträgen und Meisterprüfungen, Errichtung von Kassen zur Unterstützung in Fällen der Krankheit, des Todes, der Arbeitsunfähigkeit, Einrichtung von Schiedsgerichten. Den freien Innungen steht es außerdem zu, gemeinschaftliche Geschäftsbetriebe zur Förderung des Gewerbebetriebs der Innungsmitglieder einzurichten, während dies den Zwangsinnungen in § 100n Abs. 2, G. O. grundsätzlich untersagt ist; zugleich aber ist denselben die Anregung und Unterstützung von Genossenschaftsbetrieben ihrer Mitglieder nahegelegt worden.

Die Zwangsinnung, die stets nur eine Handwerkerzunft sein kann, unterscheidet sich von den freien Innungen der Hauptsache nach dadurch, daß nach gesetzlicher Errichtung derselben sämtliche Gewerbetreibende des Bezirks, für welchen die Zwangsinnung errichtet ist, der Zwangsinnung anzugehören haben, soweit sie das gleiche Handwerk oder verwandte Handwerke ausüben. Die Errichtung einer Zwangsinnung wird durch die höhere Verwaltungsbehörde (Regierungspräsident) angeordnet auf Antrag beteiligter Gewerbetreibender, wenn

1. die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden der Einführung des Beitrittszwanges zustimmt,
2. der Bezirk der Innung so abgegrenzt ist, daß kein Mitglied durch die Entfernung seines Wohnorts vom Sitz der Innung behindert wird, am Innungsleben teil zu nehmen und die Innungseinrichtungen zu benutzen, und

3. die Zahl der im Bezirke vorhandenen beteiligten Handwerker zur Bildung einer leistungsfähigen Innung ausreicht. Um festzustellen, ob die Mehrheit zustimmt, hat die höhere Verwaltungsbehörde die beteiligten Gewerbetreibenden durch ortstübliche Bekanntmachung oder besondere Mitteilung zu einer Versammlung für oder gegen die Einführung des Beitrittszwanges aufzufordern. Bei der Abstimmung entscheidet die Mehrheit derjenigen, die sich an derselben beteiligt haben.

Die Verfügung, durch welche die Anordnung der Errichtung einer Zwangsinnung getroffen wird, muß den Zeitpunkt des Eintritts ihrer Wirksamkeit bezeichnen und den Namen und Sitz der Innung, die Abgrenzung ihres Bezirks und die Bezeichnung derjenigen Gewerbe, für welche sie errichtet ist. Die Veröffentlichung erfolgt durch Bekanntmachung im Amtsblatt.

Gegen den Erlass der Anordnung oder deren Versagung steht den beteiligten Gewerbetreibenden binnen vier Wochen die Beschwerde an die Landeszentralbehörde (Minister für Handel und Gewerbe) zu, welche endgültig entscheidet.

Wie die freien Innungen, so entstehen auch die Zwangsinnungen erst mit der Rechtsverbindlichkeit der Innungssatzungen, also mit der Genehmigung derselben durch die höhere Verwaltungsbehörde beziehungsweise mit dem von dieser festgesetzten Zeitpunkt. Die Innungssatzungen sind von den Gründern der Zwangsinnung bei der höheren Verwaltungsbehörde zur Genehmigung einzureichen. Die Satzungen sind den Beteiligten in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen.

Als Mitglieder gehören der Zwangsinnung alle diejenigen an, welche das Gewerbe, wofür die Innung errichtet ist, als stehendes Gewerbe selbstständig betreiben. Ausgenommen sind diejenigen, die das Gewerbe fabrikmäßig betreiben; jedoch sind diese berechtigt, der Zwangsinnung mit Zustimmung der Innungsversammlung beizutreten. Wesentlich für die Zwangsinnungen sind die Bestimmungen der §§ 100a bis 100t. Der alljährliche Haushaltsplan und die Jahresrechnungen sind der Aufsichtsbehörde (im Stadtkreisen der Magistrat, sonst der Landrat) einzureichen. Die von der Innung erlassenen Vorschriften zur näheren Regelung des Lehrlingswesens bedürfen der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde. Die Zwangsinnung darf ihre Mitglieder in der Festlegung der Preise ihrer Waren oder Leistungen oder in der Annahme von Kunden nicht beschränken; entsprechende Beschlüsse sind ungültig. Die Auflösung einer Zwangsinnung geschieht durch die höhere Verwaltungsbehörde auf Grund eines Beschlusses der Innungsversammlung. Zur Gültigkeit des Beschlusses ist erforderlich:

1. daß er von einem Viertel der Innungsmitglieder bei dem Vorstände beantragt worden ist,
2. daß die Einladung zu der betr. Innungsversammlung mindestens vier Wochen vorher ordnungsmäßig ergangen ist, und
3. daß drei Viertel der Innungsmitglieder dem Antrage zustimmen.

Aus diesen kurzen Zeilen für die Errichtung von Zwangsinnungen geht hervor, daß für diese tief einschneidende, eng begrenzende Bestimmungen bestehen, so daß die Bewegungsfreiheit innerhalb derselben eine sehr geringe ist. Für die wirtschaftliche Förderung des Handwerks — also Förderung der geschäftlichen Interessen —, die heute im Vordergrund stehen müssen, können Zwangsinnungen fast nichts leisten; denn die dazu notwendigen Maßnahmen stehen im Gegensatz zu den gesetzlichen Bestimmungen. Es dürfte daher wohl zu

prüfen sein, ob man der pflichtmäßigen Aufgaben der Zwangsinnung wegen — denn nur diese können heute das Hauptgebiet der Betätigung sein, da die weiteren Befugnisse einer Zwangsinnung bereits in anderer Weise getätigt werden — zur Bildung einer solchen schreiten soll, oder ob es nicht zeitgemäßer ist, eine freiere Form des sachlichen Zusammenschlusses zu wählen. Zu einer Zwangsorganisation dürfte man in der Regel in heutiger Zeit nur dann schreiten, wenn ein sachlicher Zusammenschluß für den Loz notwendig ist und ein solcher auf freier Grundlage sich nicht erreichen läßt. Auch wäre zu bedenken, ob es ratsam ist, in heutiger Zeit, wo viele Handwerker im Kriegsdienste stehen, über die Köpfe der Kriegsteilnehmer hinweg eine Zwangsorganisation zu gründen. Schließlich muß auch erwogen werden, ob sich durch Zwangsinnungen, die sich über einen ganzen Kreis erstrecken, eine lebhaftere Innungstätigkeit erzielen läßt; denn auch aus Zwangsinnungen kann nur etwas Gedeihliches hervorgehen, wenn in denselben ernstlich gearbeitet wird, wenn alle Glieder mit lebendigem Interesse sich beteiligen und die richtigen Männer an die Spitze berufen werden. Zweifellos kann durch eine Zwangsinnung der Gemeingeist und das Standesinteresse eingehend gepflegt und so auch leicht der Weg geebnet werden zur Genossenschaftsbildung neben der Innung, wodurch fast ausschließlich eine nachdrückliche wirtschaftliche Förderung des Handwerks erzielt werden kann.

Die von der Handwerkskammer Wiesbaden angeregte Gründung von Zwangsinnungen soll sich jeweils auf einen Kreis erstrecken, und es werden daher voraussichtlich mehrere Innungen im Kreise zustande kommen. Es ist selbstverständlich, daß diese Innungen gemeinsame Interessen haben, und daß sie zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen miteinander in Verbindung treten müssen. In jedem Kreise bestehen daneben Gewerbevereine, freie Innungen oder sonstige, gewerbliche Vereinigungen, die alle ähnliche Interessen verfolgen. Es ist also naheliegend, daß alle diese gewerblichen Organisationen zusammentreten zu einem Verband, um durch diesen die Vertretung aller gemeinsamen Interessen im Kreise und darüber hinaus bewirken zu können. Dieser Verband ist in jedem Kreise des hiesigen Bezirks bereits vorhanden in dem Kreisverband für Handwerk und Gewerbe, eingerichtet vom Gewerbeverein für Nassau. Diese Kreisverbände sollen eine Arbeitsgemeinschaft darstellen aller gewerblichen Organisationen im Kreise mit weitgehenden Aufgaben und Befugnissen und öffentlichem Charakter. Diese Verbände müssen eine Geschäftsstelle (Beratungs- und Auskunftsstelle) unterhalten, die ähnliche Aufgaben hat, wie die Handwerksämter in Frankfurt a. M. und Wiesbaden und sie können nach Maßgabe der Bedürfnisse zu solchen Ämtern ausgebaut werden. Diese Stellen werden daher auch berufen sein, den Innungen im Kreise mit Rat und Tat beizustehen und sie in ihren Aufgaben zu unterstützen, wenn diese den Kreisverbänden beitreten, was allgemein im Interesse der Innungen liegen dürfte. Im Einverständnis zwischen der Handwerkskammer und dem Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau wurden die Vorstände der Kreisverbände angewiesen, die Bildung von Innungen im Kreise zu fördern und sie werden sich nach Maßgabe des vorliegenden Bedürfnisses dieser Aufgabe unterziehen, nachdem sie die Zweckmäßigkeit erkannt haben. Sie haben den Auftrag, Anträge der Handwerker zur Bildung von Innungen im Kreise entgegenzunehmen, nötigenfalls unter den Handwerkern für Aufklärung zu sorgen und für eine größere

Beteiligung bei der Antragstellung zu werben und dann die Anträge der Handwerkskammer zur Veranlassung des Abstimmungsverfahrens einzureichen. Der fachliche Zusammenschluß des Handwerks muß mit allen Mitteln in der zeitgemäßen Form gefördert werden, um gerüstet zu sein für die schwere Zeit der Uebergangswirtschaft und zur Durchführung der Maßnahmen für den Wiederaufbau des schwer geschädigten deutschen Handwerks.

52. Kommunal-Landtag für den Reg.-Bez. Wiesbaden.

(Schluß.)

Bei Besprechung des Verwaltungsberichts über die Ergebnisse der Bezirksverwaltung wurde u. a. die ungenügende Lebensmittelversorgung im allgemeinen und die mangelhafte Milchlieferung der Stadt Frankfurt a. M. erörtert und ein Antrag des Abg. Graef-Frankfurt angenommen, wonach der Regierungspräsident als königlicher Kommissar beauftragt wird, bei der Staatsregierung dahin vorstellig zu werden, daß die Lebensmittelzufuhrverbote der süddeutschen Staaten zwecks einer gleichmäßigen Lebensmittelversorgung im ganzen Reich aufgehoben werden.

In der dritten öffentlichen Sitzung am 13. Mai befaßte sich der Kommunal-Landtag zunächst mit dem Vortrag des Landeshauptmanns über die erhöhte Abnutzung der Bezirksstraßen durch Lastautomobile und Heranziehung der Kraftwagenindustrie usw. zur Wegeunterhaltung. Vorausleistung. Der Landtag beschloß, bei der Staatsregierung dahin zu wirken, daß durch eine Abänderung des Gesetzes über die Wegeunterhaltung auch der Kraftwagen- und Lastkraftwagenverkehr zu den Vorausleistungen für den Wegbau verpflichtet werden.

Bezüglich der Kriegsbeschädigtenfürsorge gelangte ein Antrag zur Annahme, der dahin ging, sich mit der Beibehaltung der Kriegsbeschädigtenfürsorge durch den Bezirksverband einverstanden zu erklären, die erweiterte Uebernahme von Kosten der Kriegsbeschädigtenfürsorge auf den Landesauschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge rückwirkend zu genehmigen und den Voranschlag für 1918, der mit 271 820 M. in Einnahme und Ausgabe abschließt und einen Beitrag des Bezirksverbandes von 60 663 M. vorsieht, zu genehmigen.

In weiterer Erledigung der Tagesordnung kam die Vorlage betr. die Errichtung einer gemeinnützigen Massantisches Siedelungs-Gesellschaft G. m. b. H. insbesondere für Kriegsbeschädigte, zur Beratung. Angeregt durch die Bestrebungen, den Kriegsbeschädigten, den Angehörigen gefallener Krieger und den heimkehrenden Kriegern in möglichst weitem Umfange Gelegenheit zur Beschaffung geeigneter Heimstätten zu gewähren, hatte sich der Kommunal-Landtag schon in 1916 und 1917 mit der Frage der Gründung einer gemeinnützigen Siedelungs-Gesellschaft für den hiesigen Regierungsbezirk beschäftigt. Vom Landesauschuß war die Angelegenheit dann weiter gefördert und ein Entwurf der Satzung für die Siedelungs-Gesellschaft ausgearbeitet worden, der heute zur Beschlussfassung vorlag. Abweichend von dem Vorgehen anderer Provinzen, die mit ihren Siedelungs-Gesellschaften vorzugsweise der sogenannten inneren Kolonisation durch Schaffung und Erhaltung von Bauernstellen dienen wollen, soll die Massantische Siedelungs-Gesellschaft entsprechend den Grundbesitz-Verhältnissen des hiesigen Bezirks in

erster Linie die Beschaffung und Erhaltung von Kleinwohnstätten, insbesondere für Handwerker, Kleingewerbetreibende, Beamte, Angestellte und Lohnarbeiter jeder Art erstreben, die in der Nähe der Arbeitsstätten gelegen und mit einer für eine Familie hinlänglich ausreichenden Fläche Gartenlandes ausgestattet werden sollen. Daneben bezweckt die Gesellschaft auch die Sicherung und Befestigung sowie Beförderung bauerlicher Ansiedelungen, ferner die Errichtung einer gemeinnützigen Auskunftsstelle für Gütervermittlung und Grundstücksfragen jeder Art, die Förderung von Zusammenlegungen, Meliorationen usw. von Grundstücken, auf die sich die Tätigkeit der Gesellschaft erstreckt, sowie allgemeine Wohlfahrtspflege in den von ihr beschafften Wohnstätten und endlich die Vermittlung von Hypotheken und Grundstücks-An- und -Verkäufen sowie aller sonstigen Geschäfte zur Durchführung der vorstehenden Aufgaben, geeignetenfalls auch Erwerb von Grundstücken und Errichtung von Wohnstätten. Die Tätigkeit der Gesellschaft ist eine gemeinnützige, jedoch soll auf die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens, insbesondere durch eine angemessene Verzinsung des eingezahlten Stammkapitals, hinlänglich Bedacht genommen werden. Das Stammkapital der Gesellschaft sollte nach dem Satzungsentwurf 750 000 M. betragen. Davon haben die Staatsregierung und der Bezirksverband eine Stammeinlage von je 250 000 M. und die Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau eine solche von 50 000 M. in Aussicht gestellt. Um die nicht gedeckte Summe von 200 000 M. auszubringen, wandte sich der Landesauschuß an die Stadt- und Landkreise, die Städte und größeren Landgemeinden, Genossenschaften, wirtschaftlichen Berufsvertretungen und sonstigen Interessenten aus Handel und Industrie mit der Einladung, sich an dem gemeinnützigen Unternehmen durch Zeichnung von Stammanteilen zu beteiligen. Eine beträchtliche Zahl von Antworten steht noch aus. Aber bis Mitte April waren bereits Zeichnungen über 277 000 M. eingegangen, darunter auch 5000 M. vom Gewerbeverein für Nassau und 1000 M. vom Vereinsvorsitzenden Rechtsanwalt Dr. Bickel. Damit sind die vorgezeichneten 750 000 M. schon überschritten, so daß die Siedelungs-Gesellschaft von Anfang an mit einem höheren, eine umfangreichere Tätigkeit ermöglichenden Stammkapital ins Leben treten kann. Der Kommunal-Landtag beschloß auf Antrag des Kantonsauschusses, den vorgelegten Satzungsentwurf mit einigen kleinen Änderungen gutzuheißen, die Beteiligung des Bezirksverbandes an der Siedelungs-Gesellschaft mit einer Stammeinlage von 250 000 M. zu genehmigen und den Landesauschuß mit den weiteren Verhandlungen wegen der endgültigen Errichtung dieser Siedelungs-Gesellschaft zu beauftragen. Da das vorgezeichnete Stammkapital von 750 000 M. bereits überzeichnet ist und noch weitere Zeichnungen zu erwarten sind, so wurde dieser Betrag in den Satzungen einwillen gestrichen und dem Landesauschuß überlassen, in der Versammlung zur Gründung der Siedelungs-Gesellschaft das Stammkapital in der richtigen Höhe einzusetzen.

In der 4. öffentlichen Sitzung kam nach den Berichten des Rechnungsprüfungsausschusses und Besprechung verschiedener Personalfragen die Vorlage des Landesauschusses auf Aenderung der Satzungen der Witwen- und Waisenkasse für die Kommunalbeamten des Regierungsbezirks Wiesbaden zur Verhandlung. Der Kommunal-Landtag beschloß, das aus der Witwen- und Waisenkasse zu gewöhnliche 20. Lebensjahr für diejenigen Waisen auszudehnen, welche sich noch in der Ausbildung zu einem Berufe befinden. Die

Änderungen sollen rückwirkende Kraft ab 1. April 1918 haben. Der Landesauschuß erhielt Ermächtigung zur endgültigen Fassung dieser Satzungsänderungen und Erwirkung der ministeriellen Genehmigung.

Bei der notwendig gewordenen Ergänzungswahl des Landesauschusses wurden gewählt als Mitglieder die Abgg. Stadtverordneter Bedel-Frankfurt a. M. und Oberbürgermeister Vogt-Biebrich und als Stellvertreter die Abgg. Stadtverordneter Gräf-Frankfurt a. M., Landrat Kammerherr von Heimbürg-Wiesbaden, Bürgermeister Schön-Oberlahnstein und de Neuville-Frankfurt a. M. Die Wahl der Beiräte für die Direktion der Nass. Landesbank ergab die Wiederwahl der seitherigen Mitglieder, der Abgg. Stadtverordneter Bedel-Frankfurt a. M., Rentner Theiß-Gladenbach und Kommerzienrat Schmidt-Niederlahnstein; als deren Stellvertreter wurden gewählt die Abgg. Kommerzienrat Lodenburg-Frankfurt a. M., Stadtrat Arns-Wiesbaden und Amtsgerichtsrat Buchsleb-Munkel. Zu Landesbankräten wurden ernannt Gerichtsassessor Schloffer in Wiesbaden und Regierungsassessor Ehlermann in Oldenburg.

In der Schluß-Sitzung am 15. Mai beschäftigte sich der Kommunal-Landtag mit der Vorlage des Landesauschusses betr. die Erweiterung der Massantisches Lebensversicherungsanstalt zu einer Hesse-Massantisches Lebensversicherungsanstalt. Nach den vorliegenden Vorschlägen soll der bis jetzt auf den Regierungsbezirk Wiesbaden beschränkte Geschäftsbereich der Anstalt durch den Hinzutritt des Bezirksverbandes Kassel als Stiftungskörperschaft auch auf den Regierungsbezirk Kassel ausgedehnt werden. Das bis jetzt 500 000 M. betragende, vom Bezirksverband Wiesbaden gestiftete Stammkapital, wird auf eine Million Mark erhöht, wozu der Bezirksverband Kassel eine halbe Million Mark leistet. Der vorliegende Satzungsentwurf sieht als Verwaltungsorgane vor: die Hauptversammlung der Stiftungskörperschaften, den Verwaltungsrat und den geschäftsführenden Direktor. Die Hauptversammlung setzt sich aus 18 Abgeordneten zusammen, von denen der Bezirksverband Wiesbaden zehn und Kassel acht zu wählen hat. Der Verwaltungsrat besteht aus der Direktion der Nass. Landesbank mit vier Stimmen und der Landeskreditkass Kassel mit drei Stimmen. Den Vorsitz hat dauernd der jeweilige Direktor der Nass. Landesbank. Sitz der Anstalt und Verwaltung bleibt Wiesbaden. Daß in der Verwaltung dem Bezirksverband Wiesbaden ein gewisses Uebergewicht eingeräumt wird, ist insofern berechtigt, als der Bezirksverband Wiesbaden bereits namhafte Opfer für die Nass. Lebensversicherungsanstalt gebracht hat, ferner, weil die Nass. Anstalt eine festgefügte Organisation, einen größeren Versicherungsbestand (Ende 1917: 15 Millionen Mark gegen 2 Millionen Mark im Reg.-Bez. Kassel) und einen ausgebildeten Beamtenkörper mitbringt. Weiter ist noch die Ausdehnung der Lebensversicherungsanstalt auf das Großherzogtum Hessen und den Kreis Wehlar in Aussicht genommen. Der Kommunal-Landtag stimmte der Erweiterung der Nass. Lebensversicherungsanstalt zu einer Hesse-Mass. Lebensversicherungsanstalt zu und wählte, zunächst auf die Dauer eines Jahres, als Mitglieder der Hauptversammlung der Anstalt die Landesbankbeiräte und deren Stellvertreter sowie die Abgg. Dr. Meißner-Frankfurt a. M., Landrat Wagner-Müdesheim, Bürgermeister Schön-Meybach und Freiherr von Brandis-Biebrich und als Stellvertreter Mitglieder die Abgg. Landrat von Subel-Villenbürg, Oberbürgermeister Lübke-Homburg, Bürgermeister Haerten-Limbürg, Justizrat v. Ed. Wiesbaden und Hopf-Frankfurt a. M. Die Mitglieder der Hauptversammlung bezw.

ihre Stellvertreter erhalten die bindende Weisung, über Anträge auf Aenderung der Satzung, Ausdehnung des Geschäftsgebietes, Beitritt weiterer Stiftungskörperschaften, Auflösung der Anstalt nur nach vorheriger Beschlussfassung des Kommunallandtages und gemäß dessen Beschlüsse abzustimmen. Einem Antrag auf Ausdehnung der Geschäftstätigkeit der Anstalt auf das Gebiet des Großherzogtums Hessen und den Kreis Wehlar sind die Mitglieder berechtigt zuzustimmen, jedoch nur dann und insofern, als hierdurch eine Aenderung der Satzung nicht herbeigeführt wird.

Es folgt die Beratung des Voranschlags des Bezirksverbandes für das Rechnungsjahr 1918. Der Haupthaushaltsplan schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 11,304,000 M., das sind 3,984,000 M. mehr als im Vorjahre. Der Ausgleich des Voranschlags war möglich ohne Erhöhung des vorjährigen Bezirkssteuerfußes von 7 1/2 %. Der Voranschlag fand ohne Aenderung Genehmigung.

Damit war die reiche Tagesordnung erschöpft. Der stellv. Kommissar Regierungspräsident Dr. von Meißner erklärte den 52. Kommunallandtag für geschlossen mit dem Wunsche, daß die gründlich vorbereiteten und sorgfältig durchgearbeiteten Vorlagen des Landtages zu allgemeinem Segen gereichen möchten.

Staatliche Leimversorgung.

Es wird hierdurch nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß Anmeldungen auf Leim für den V. Versorgungsabschnitt Juli-September ds. Js. bis zum 15. Juni bei den in Nr. 48, Jahrgang 1917, des Gewerbeblattes bekanntgegebenen Stellen zu bewirken sind.

Aus den Kreisverbänden.

Kreisverband Oberaunus.

Am Sonntag, den 16. Juni, nachmittags 3 Uhr, findet in Oberursel im Gasthaus „Deutscher Adler“, Adersgasse, unsere Hauptversammlung statt.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Rechnungsablage und Haushaltsplan.
3. Kreisverbandsabgaben.
4. Verbandsbeiträge.
5. Errichtung eines Postkontos.
6. Rohstoffversorgung.
7. Gründung von Zwangsinnungen für die Schreiner und Maler, die Tischler, Lackierer und Maler, die Wagner, Sattler, Tapezierer und Polsterer, die Schuhmacher sowie die Spengler und Installateure.
8. Wahl des Ortes für die nächste Kreisversammlung.
9. Anträge.

Die Vorstände und Mitglieder der angeschlossenen Vereinigungen bitten wir um recht zahlreiche Beteiligung.

Der Vorsitzende:

Stadtbaurmeister Weil.

Kreisverband St. Goarshausen.

Am Sonntag, den 12. Mai, fand in Caub die Frühjahrs-Hauptversammlung des Kreisverbandes für Handwerk und Gewerbe für den Kreis St. Goarshausen statt und waren hierzu 30 Vertreter der Vereine und Innungen erschienen. Für den leider verhinderten Herrn Landrat, Regierungsrat Dr. Wolff, war Herr Kreisaußen-Obersekretär Dr. Reich zugegen. Ein Vertreter des Zentralverbandes in Wiesbaden konnte der schlechten Zugverbindung wegen nicht anwesend sein. Der Vorsitzende des Kreisverbandes, Herr Druckermeister Eduard Schidel, Oberlöhlein, begrüßte die anwesenden Herren Vertreter und dankte für ihr zahlreiches Erscheinen mit dem Wunsche, daß die oft sehr mühevollen Arbeiten in der jetzt leutarmen Arbeitszeit doch gegenbringend für das gesamte Handwerk und Gewerbe in unserem Kreise wirken möchten. Im Namen des Gewerbevereins Caub begrüßte Herr

Uhrmachermeister Grewe die Versammlung und wünschte derselben den besten Erfolg. Die reichhaltige Tagesordnung mußte zur Hälfte zurückgestellt werden, da die Festlegung der Sitzungen zu lange Zeit in Anspruch nahm. Über die bisherige Tätigkeit des Kreisverbandes erstattete der Vorsitzende, Herr Schidel, einen längeren Bericht, in dem er u. a. die verschiedenen Vereinsverhältnisse, besonders unserer Landorte, die er kürzlich diefergalo bereiste, bekannt gab und aus dem hervorging, daß mehrere Vereine ihren Betrieb leider stillgelegt hätten. Man entschuldigte dies vielfach mit dem Fehlen vieler Handwerker. Durch einen geeigneten Vortrag und aufklärende Worte mußte in den Vereinen wieder neues Leben geweckt werden, wozu sich der Vorsitzende sowie einige Herren des Kreises bereit erklärten. Auch eine Neuorganisation der Landvereine sei zu empfehlen, damit möglichst alle Orte unseres Kreises an den Kreisverband angeschlossen würden. Wesentlich fördert der entworfene Plan das Handwerk, wozu der Kreisverband eine feste Stütze zuteil würde. Die Protokolle über die letzte Hauptversammlung und die festgestellten Vorhandlungen wurden von Herrn Druckermeister Vemb, Braubach, vorgelesen. Als Kassier hatte Herr Sattlermeister Reich, Niederlöhlein, über den Stand der Kasse berichtet, der dadurch, daß mit den Ausgaben schonend umgegangen wird, ein kleines Plus aufzuweisen hat. Beiträge von den angeschlossenen Vereinen wurden noch nicht erhoben, dafür aber ein Kreiszuschuß von 300 Mark der Kasse zugeführt. Der Punkt betreffend die Bestimmung des Beitrages zur Kreisverbandskasse, den die Vereine zahlen müssen, sowie die Anstellung eines Geschäftsführers für die Beratungs- und Auskunftstelle, wurden zurückgestellt, da man die bemessene Zeit für die Statutenberatung verwenden mußte. Eine recht lebhaft entwickelte sich bei dieser Beratung, in der man die vom Zentralverband vorgelegten Richtlinien und das fertige Statut des Kreisverbandes im Unterlahnkreis zur Hand genommen hatte. Besonders waren es die Herren Kreisaußen-Obersekretär Reich, Herr Schneidermeister Herber, Oberlöhlein, Schreinermeister Kupp, Camp, Leßert, Flud, Niederlöhlein, Schlossermeister Es. Gott, Oberlöhlein, die sich an der Beratung mit Interesse beteiligten und für ein für unsere Verhältnisse passendes Zustandekommen besorgt waren. Nach Erledigung dieses anstrengenden Beratungsgegenstandes schloß der Vorsitzende die Versammlung. Vorher hatte er sich jedoch noch die Genehmigung geben lassen, im Laufe des Sommer eine weitere Versammlung einberufen zu dürfen und zwar nach Camp. In dieser Versammlung werden die bis dahin fertiggestellten und dem Zentralverband vorgelegten Statuten nochmals besprochen, wozu der Rest der unerledigt gebliebenen Tagesordnung aufgearbeitet werden. Leider mußte auch der von Herrn Redakteur Egenolf vorgelesene Vortrag ausfallen und für die Camper Versammlung zurückgestellt werden.

Aus Nassau.

Die Zwangsinnung für das Schuhmacherhandwerk zu Dillenburg ist auf Anordnung des Regierungspräsidenten aufgrund der Abstimmung der beteiligten Gewerbetreibenden zum 15. Juli 1918 auf alle im Distrikt das Schuhmacherhandwerk betreibenden Handwerker ausgedehnt worden. Die Innung hat ihren Sitz in Dillenburg und führt den Namen Zwangsinnung für das Schuhmacherhandwerk.

Anträge auf Errichtung von Zwangsinnungen sind gestellt worden:

- a) für alle im Distrikt des Länders, Kellner- und Lackiererhandwerk betreibende Handwerker;
- b) für alle im Kreise Limburg das Schreiner- und Malerhandwerk betreibende Handwerker;
- c) für dieselben Handwerker des Kreises Mingen und des Oberwesterwaldes;
- d) für das Schmiede- und Wagnerhandwerk des Oberwesterwaldkreises.

Der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung veranstaltet am Sonntag, den 9. Juni d. J., vormittags 11 Uhr, seine diesjährige Jahressammlungs-Mitgliederversammlung in Frankfurt a. M., im großen Hörsaal seines Vereinshauses, Eingang Neue Kräme 9, mit der üblichen Tagesordnung, an deren 2. Stelle ein Vortrag über „Volksbildung und Freizeit“ des Redakteurs Dr. W. Cohnstadt vorgelesen ist.

Güterrechtsregister.

Gütertrennung haben vereinbart: die Eheleute Ingenieur Hans Werner Vothar Hellhoff und

Erna Selma Auguste geb. Hoffmann in Sosenheim, Mechaniker H. Schulz und Frieda geb. Carl zu Wiesbaden; Schmiedemeister Christian Göbel und Marie geb. Nicolet, verm. Dör, Wiesbaden; Privatier Johann Mondria und Johanna geb. Bausch zu Wiesbaden.

Konkurse.

Ueber den Nachlaß des zu Oberursel i. T. wohnhaft gewesenen Kaufmanns Karl Ludwig Gottlieb Balzer, ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Zum Konkursverwalter wurde Rechtsanwalt Dr. Wolff zu Bad Homburg ernannt.

Handwerkskammer Wiesbaden.

Betr. Bildung von Fachinnungen im Handwerk.

Die durch den Krieg veränderten Verhältnisse machen den sachlichen Zusammenschluß und die wirtschaftliche Organisation des Handwerks dringend nötig. Insbesondere gilt dies hinsichtlich der Rohstoffversorgung und der Erhaltung des Handwerks als selbständigen Faktor unserer Volkswirtschaft. Die Handwerkskammer hat deswegen in ihrem Besitze zunächst die Bildung von Fachinnungen angeregt, insofern bereits eine ganze Anzahl von Anträgen auf Bildung von Zwangs(Fach-)Innungen bei dem Herrn Regierungspräsidenten eingereicht sind. Zurzeit vollzieht sich in den einzelnen Kreisen das gesetzlich vorgeschriebene Abstimmungsverfahren, welches die Entscheidung bringt, ob die beantragte Innung errichtet wird oder nicht. Es ist deshalb Sache der betreffenden Handwerker, nach der bezüglichen Bekanntmachung des Herrn Landrats, ihre Stimme abzugeben, ob sie für oder gegen die Errichtung der Zwangs(Fach-)Innung sind. Auch diejenigen Handwerker, welche die Anträge auf Errichtung der Innungen unterschrieben haben, müssen ihre Stimme abgeben, da die Unterzeichnung des Antrags nicht als Abstimmung gilt. Nötigenfalls können die Handwerker sich wegen Rat und Hilfe an die Kreisverbände des Gewerbevereins für Nassau, oder auch an die Handwerkskammer direkt wenden. Die Abstimmung kann auch schriftlich geschehen.

Wiesbaden, den 5. Juni 1918

Die Handwerkskammer:

Der Vorsitzende:
Carstens.

Der Syndikus:
Schroeder.

Lieferungs-Genossenschaft für das Metallgewerbe

E. G. m. b. H. Wiesbaden.

Die 2. ordentl. Generalversammlung

findet am Montag, den 17. Juni, nachmittags 4 Uhr, im Restaurant „Bariburg“, Schwabacherstraße, statt.

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Bilanz und Entlastung.
2. Aussprache über neue Aufträge.
3. Verschiedenes.

Anträge zur Generalversammlung sind schriftlich und spätestens bis zum 14. ds. Mts. an den Vorstand einzureichen.

Der Aufsichtsrat der Lieferungs-Genossenschaft für das Metallgewerbe:

D. Friton, Vorsitzender.

Gerade in der jetzigen Zeit

in der viele gewerbliche Betriebe zur Fabrikation neuer Artikel übergehen, weil die bisher angefertigten weniger gut gehen, oder deren Absatzgebiet verschlossen ist

werden neue Bezugsquellen gesucht.

Jetzt verspricht deshalb eine wiederholte Anzeige guten Erfolgs, wenn die in „Nass. Gewerbeblatt“ erfolgt, das in 12500 gewerblichen Betrieben Nassaus gelangt.